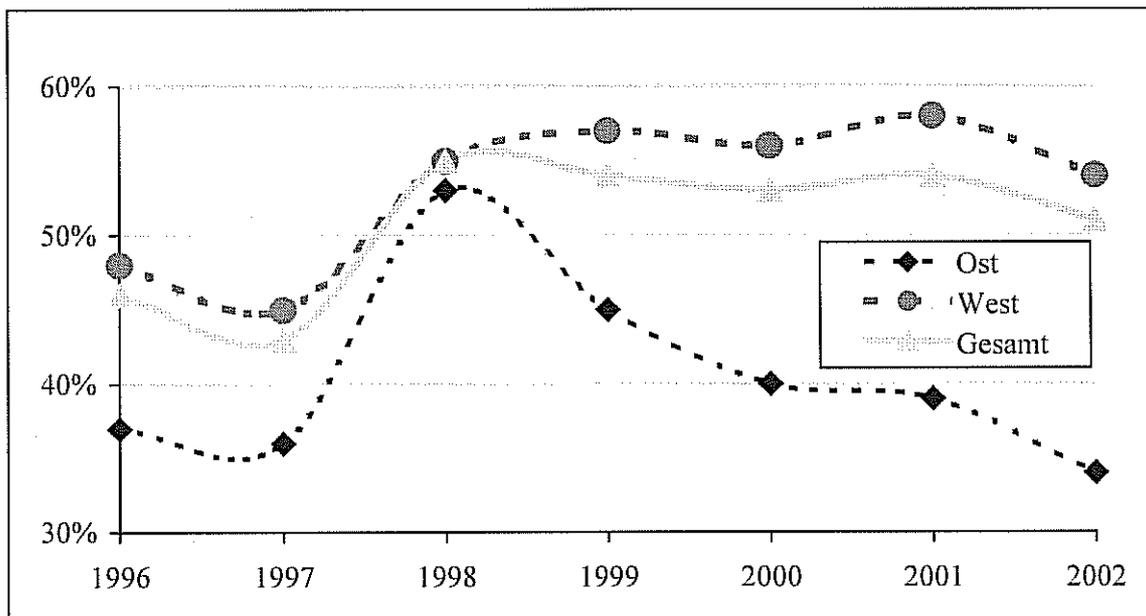


Sicherheitspolitik, die ein verstärktes Engagement Deutschlands und der Bundeswehr im internationalen Kontext bedeutet, spätestens seit Ende der 1990er Jahre in den östlichen und westlichen Landesteilen eine sehr unterschiedliche Resonanz erfährt. Dieser Trend hat sich bis heute fortgesetzt, wobei seit 2001 sowohl eine generell sinkende Zahl der Befürworter einer aktiven deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu verzeichnen ist, als auch eine wachsende Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen. Die knappe Mehrheit, die eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt, ist also „nur“ eine westdeutsche, während sich die Ostdeutschen mehrheitlich (66 %) dagegen aussprechen (Grafik 18).

Grafik 18⁴⁴: Anhänger einer aktiven deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (Bevölkerung)



Bewertungsunterschiede in Ost und West zeigen sich nicht nur allgemein bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen, sondern auch hinsichtlich konkreter Einsätze der Bundeswehr (Grafik 19): Während zwei Drittel der Westdeutschen die Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo (68 %), in Bosnien (68 %) und Mazedonien (67 %) unterstützen, spricht sich jeder zweite Ostdeutsche dagegen aus (50 % gegen KFOR, 51 % gegen SFOR, 51 % gegen den Einsatz in Mazedonien). Diese Einstellungsdifferenzen bestehen auch im Hinblick auf neuere Einsätze der Bundeswehr (ISAF in Afghanistan und Enduring Freedom in Dschibuti, Kenia und Kuwait), wengleich die Unterstützung der Bevölkerung hier insgesamt geringer ausfällt.

⁴⁴ SOWI-Bevölkerungsumfragen 1996 bis 2002: Für 1996: 1 129 Befragte, davon 949 West- und 180 Ostdeutsche. Für 1997: 1 088 Befragte, davon 901 West- und 187 Ostdeutsche. Für 1998: 1 099 Befragte, davon 882 West- und 217 Ostdeutsche. Für 1999: 1 471 Befragte, davon 1 243 West- und 228 Ostdeutsche. Für 2000: 1 245 Befragte, davon 1 071 West- und 174 Ostdeutsche. Für 2001: 2 138 Befragte, davon 1 799 West- und 339 Ostdeutsche. Für 2002: 1 138 Befragte, davon 925 West- und 213 Ostdeutsche.